

Die kleine freiwirtschaftliche Bibliothek

Wege zur Natürlichen Wirtschaftsordnung
bzw. Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

zusammengestellt
von
Tristan Abromeit

Dezember 2007

www.tristan-abromeit.de

Text 56.20

(1+12+3+1 Seiten)

Otto Valentin

Freiwirtschaftlicher Sozialismus

Warum alle bisherige Politik versagen mußte

(etwa 1949)

Lebenslauf: Aus „Die Lösung der Sozialen Frage“ (1952 / 2007)

Titelblatt: „Überwindung des Totalitarismus“, 1952

Freiwirtschaftlicher Sozialismus

Warum alle bisherige Politik versagen mußte

Von

OTTO VALENTIN

Herausgeber: Österreichische Freiwirtschaftliche Union, Linz a. d. D., Schmidtorstraße 2, I. Stock, Telephon 3 80 63. — Für den Inhalt verantwortlich: Otto Suchomel, Wien, XII., Jägerhausgasse 73. — Druck: Oberösterreichischer Landesverlag, Ges. m. b. H., Linz, Landstraße 41.

INHALT:

Warum alle bisherige Politik versagen mußte	1
Warum nicht Marxismus?	1
Der neue Weg	3
Kapital und Kapitalismus	3
Ausbeutung und Mittel der Ausbeutung	4
Folgen der Währungspuschereien	5
Die Inflation	5
Die Deflation	5
Papierwährung?	5
Die vier Folgen des Geldmonopols	5
Das Dauergeld erpreßt den Zins	5
Der Geldzins überträgt sich auf die Sachgüter	6
Das Dauergeld verursacht Wirtschaftskrisen und schafft das Proletariat	7
Das Dauergeld verhindert eine Festwährung	7
Der Ausweg	8
Die Technik des Umlaufzwanges der Geldzeichen	9
Überwindung der Zinsknechtschaft	9
Der Bodenzins	10
Mutterlohn	11

Freiwirtschaftlicher Sozialismus

Warum alle bisherige Politik versagen mußte

Im Grunde ist Politik nichts anderes als der Kampf zwischen den Zinsbeziehern, den Nutznießern des Geld- und Bodenmonopols einerseits und den Werktätigen, die den Zins bezahlen müssen, andererseits.

Der Kampf geht seit eh und je um das arbeitslose Einkommen, das die Zinsbezieher einstreichen, indem sie den Arbeitsertrag der Werktätigen kürzen.

Daß die erste Gruppe bisher immer siegreich war, braucht nicht erst erwähnt zu werden. Zahlenmäßig ist die Gruppe der Sieger verschwindend klein.

Den unterlegenen Werktätigen hat ihre riesenhafte Überzahl bisher nichts geholfen, sie blieben in allen Ländern erfolglos, und sie waren es auch, die in Wirklichkeit alle Kriege und Revolutionen „verloren“ haben.

Sie erkannten nie die zwei Fronten — hie Monopol! hie Arbeit! — die sich in Politik und Wirtschaft seit jeher unversöhnlich gegenüberstanden, einfach deshalb nicht, weil sie dem optischen Eindruck erlagen und im Privatbesitz der Produktionsmittel die Ursache der Ausbeutung und im Unternehmer den Ausbeuter sahen; sie ließen sich verleiten, die Politik zum Tummelplatz der sogenannten „Weltanschauungen“ und „Gesinnungen“ (konservativ-liberal, national-international, bürgerlich-proletarisch, links-rechts usw.) zu machen, anstatt sich auf die wirtschaftlichen Realitäten zu beschränken und den Kern des Problems, die Monopole, anzugehen. Die Folge: Ihre heillose wirtschaftspolitische Verwirrung und ihr Mißerfolg.

Warum nicht Marxismus?

Die Hoffnung auf die Befreiung durch den Marxismus haben die vergangenen Jahrzehnte vollkommen zunichte gemacht. Da der Marxismus die Ursache der Ausbeutung irrigerweise im Privatbesitz an den Produktionsmitteln sucht — anstatt in der Beseitigung der Monopole — so kann auch sein Rezept, die sogenannte Vergesellschaftung (die praktisch nur eine Verstaatlichung ist) ebensowenig wie die sogenannte Planwirtschaft (die praktisch nur eine Ausweitung der Monopole bedeutet) niemals zum Sozialismus, das ist zu einer ausbeutungs- und daher klassenlosen Gesellschaftsordnung, zu einer Befreiung der Werktätigen führen, sondern ganz im Gegenteil lediglich zur Umwandlung des drückenden Privatkapitalismus in einen noch viel drückenderen Staatskapitalismus, zur Vergötzung des Staates und allmächtigen Herrschaft einer praktisch verantwortungs- und erbarmungslosen Bürokratie.

Im Staatskapitalismus, wo der Arbeitgeber Staat nicht nur der einzige Pollzist, Richter und Gefängnisaufseher, sondern auch der einzige Unternehmer ist, wird ihm der Werktätige rettungslos ausgeliefert, gehen die letzten Reste persönlicher Freiheit endgültig verloren.

Der neue Weg

Und doch steht über der Zukunft nicht Dantes verzweiflungsvolle Hölleninschrift: Lasset alle Hoffnung fahren! Der erste, der Licht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge brachte, war Silvio Gesell (17. März 1862 bis 11. März 1930), ein erfolgreicher Großkaufmann und Unternehmer, einer, dessen Herz für Freiheit und soziale Gerechtigkeit glühte. In seiner „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ entwirrt er die Fäden und zeigt den Weg zur Überwindung der Monopole. Eine mehr als fünfzigjährige Kritik hat nicht vermocht, Gesell zu widerlegen.

Aber alles, was in dieser Zeit auf wirtschaftspolitischem Gebiet geschah, bestätigt Satz für Satz die Richtigkeit seiner Lehre. Gesell war der einzige, der nicht „umlernen“ mußte.

Die Freiwirtschaftliche Bewegung Österreichs empfing aus seinen Händen die wissenschaftliche Grundlage ihres Programms (Freiland, Freigeld, Festwährung), die Schlüssel zu dem bisher ungeöffneten Tor einer wirklichen „Zukunft“.

Die Zeit wird kommen, da sich die Werktätigen aller Stände in richtiger Erkenntnis ihrer Lage vereinigen werden, um mit den Freiwirtschaftlichen Sozialisten den Kampf um persönliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit — das heißt den vollen Arbeitsertrag — zu führen und mit ihnen zu siegen! Der Freiwirtschaftliche Sozialismus, der einzig mögliche Sozialismus, wird an die Stelle der heutigen kapitalistischen Welt treten.

Kapital und Kapitalismus

Unter Kapital versteht der Freiwirtschaftler Geld und zinstragendes Gut. Kapitalist ist also jeder, soweit er Zins bezieht, und Kapitalismus oder Zinswirtschaft ist die Wirtschaftsordnung, in der Geld und andere Güter so gebraucht werden können, daß sie Zins abwerfen (Geldzins, Sachzins, Bodenzins).

An dem Fortbestehen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung hat ein Interesse, wer mehr Zins einnimmt, als ihm von seinem Arbeitsertrag durch den Zins genommen wird, durch den Zins, den er nicht etwa nur für geliehenes Geld oder gepachteten Boden, sondern in den Preisen alles dessen, was er kauft, bezahlen muß. Da in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Warenpreise im Durchschnitt etwa je zur Hälfte aus Arbeitslohn und Zins bestehen, ist derjenige am Fortbestehen des heutigen Zustandes interessiert, dessen Einkommen überwiegend aus Zins besteht. Zu den Großzinsbeziehern und sonstigen Nutznießern des Kapitalismus gehören aber sicher weniger als 10 Prozent der Bevölkerung.

Die übrigen 90 Prozent der Bevölkerung sollten den Kampf gegen den Zins mit den rechten Mitteln aufnehmen, denn das Wesen des Kapitalismus besteht ja nicht allein darin, den Werktätigen dauernd rund die Hälfte

ihres Einkommens durch den Zinsanspruch zu kürzen, sondern sie mit jedem Mittel — auch mit dem der Wirtschaftskrise und des Krieges — in dauernder Armut zu erhalten!

Diese Armut (Kapitalmangel) ist geradezu das Lebenselement des Kapitalismus, seine Voraussetzung, denn nur für etwas, was knapp ist, bezahlt man Zins. Kapitalismus ist somit notwendig dauernde Mangelwirtschaft, Kapitalismus schließt zwangsläufig allgemeinen Wohlstand aus, so wie das Feuer das Wasser.

„Der Zins schafft das Proletariat, nicht weil die Zinslasten das Volk um Hab und Gut bringen, sondern weil der Zins das Volk gewaltsam daran hindert, sich Hab und Gut zu verschaffen“ (S. Gesell).

Ausbeutung und Mittel der Ausbeutung

Durch den Zins erfolgt die Ausbeutung des werktätigen Volkes. Das Mittel aber zur Ausbeutung bieten die Monopole, vor allem 1. das herkömmliche monopolistische und schlecht verwaltete Geldwesen (Währungspuschereien), 2. das aus der Zeit des verfallenden Römerreiches stammende Bodenrecht.

Unter einem Monopol ist der Ausschluß oder die Einschränkung des freien Wettbewerbes zu verstehen. Der Wettbewerb auf irgend einem Gebiet menschlicher Betätigung ist frei, wenn die Beteiligung an der betreffenden Tätigkeit jedermann zugänglich ist, und ist beschränkt, wenn ein Teil derer, die sich beteiligen wollen, von der Beteiligung ausgeschlossen ist.

Jede Beschränkung des Wettbewerbes hat aber eine Rente (den Zins) zur Folge.

Die Beschränkung verhindert das Angebot, sich weit genug auszudehnen, um die beim Arbeitskostenpreis herrschende Nachfrage zu decken. Die Menge der angebotenen Ware ist geringer, als die Menge der Ware, die beim Kostenpreis begehrt wird, und die Folge davon ist, daß der Preis dauernd über den Arbeitskosten gehalten werden kann und daher den Zins abwirft.

Schon die Tatsache, „daß Geld nicht ohne weiteres durch Arbeit erzeugt werden kann“ (Keynes), offenbart seinen Monopolcharakter, der sich, wie noch gezeigt werden soll, zusammen mit den Währungspuschereien für die Schaffenden verheerend auswirkt.

Beim Boden liegen die Dinge ähnlich. Bodenflächen sind nur im begrenzten Ausmaß vorhanden. Sie sind nicht beliebig vermehrbar. Der landwirtschaftliche Bodenzins kommt z. B. zustande, indem die Nachfrage nach Bodenprodukten bei dem Preis, der den Arbeitskosten entspricht, die auf den Boden gewonnene Produktmenge übersteigt und dadurch den Preis über die Arbeitskosten hebt. Weil die Konkurrenz auf den Bodenbesitz beschränkt ist, kann der Preis dauernd höher gehalten werden.

Der sich aus der Spannung zwischen dem Verkaufspreis der Bodenprodukte und dem Arbeitskostenpreis ergebende Gewinn ist der landwirtschaftliche Bodenzins, der im Falle der Verpachtung des Bodens in Form des Pachtzinses an den Bodeneigentümer abzuliefern ist.

Folgen der Währungspuschereien

Von einem geordneten Geldwesen konnte bisher überhaupt noch nie gesprochen werden! Währungspuschereien waren an der Tagesordnung.

Unter der herkömmlichen Goldwährung wird der Preis einer einzigen Ware, des Geldes, festgelegt, was zur Folge hat, daß nur diese einzige Ware sich eines festen Preises erfreut, während die Preise aller übrigen Waren schwanken.

Die Inflation

Sobald etwa durch reichliche Goldfunde die umlaufende Geldmenge vermehrt wird, steigen alle Warenpreise an, es kommt zu einer Inflation, die zugleich auch einer Geldentwertung entspricht.

Eine solche Inflation ist ein offenkundiger Betrug an allen Gläubigern Sparern, Ruhegeldempfängern, Lebensversicherten usw.), die alle geschädigt werden, weil sie entwertetes Geld zurückerhalten, während die Schuldner unberechtigt dabei profitieren.

Eine derartige leichte Inflation führt im allgemeinen zu einer Wirtschaftsbelebung, wie etwa in den Jahren 1893 bis 1912.

Die Deflation

Umgekehrt verhält es sich, wenn die Goldfunde zurückgehen, das Geld knapp wird und die Warenpreise daher sinken. Es entsteht dadurch regelmäßig eine Wirtschaftskrise, die wegen der Geldaufwertung nicht nur die Schuldner in den Ruin treibt, weil sie höherwertiges Geld zurückzahlen müssen, sondern die Neuinvestitionen und Verbesserungen erschwert und Arbeitslosigkeit schafft, wie etwa in den Jahren 1930 bis 1937.

Papierwährung?

Aber nicht nur die Goldwährung, auch die schlecht verwalteten Papierwährungen führen zur Deflation, öfters aber zur Inflation. In Erinnerung ist noch die Inflation im und nach dem ersten Weltkrieg, als man die Notenpresse rasen ließ, alle auf Geld lautenden Ersparnisse vernichtete und das Volk um seine Ersparnisse in der Höhe vieler Friedensmilliarden bestahl.

Die während und nach dem zweiten Weltkrieg pausenlos betriebene neuerliche Inflation hat gleichfalls die Geldersparnisse auf einen Bruchteil ihrer Kaufkraft zusammenschmelzen lassen.

In allen diesen Fällen von Währungspuscherei handelt es sich um Betrügereien in Milliardenhöhe, deren Urheber bezeichnenderweise bisher noch niemals zur Rechenschaft gezogen worden sind. „Die kleinen Diebe hängt man — die großen läßt man laufen!“

Die vier Folgen des Geldmonopols

1. Das Dauergeld erpreßt den Zins

Der Monopolcharakter des Geldes beruht nicht allein auf der Tatsache, daß es durch Arbeit nicht ohne weiteres erzeugt werden kann, sondern hat noch eine zweite, verborgene Ursache, deren Entdeckung wir Silvio Gesell

verdanken. Er fand als Erster, daß das herkömmliche Geld gegenüber Waren und Leistungen eine ausgesprochene Überlegenheit besitzt (Zeiten einer Inflation ausgenommen).

Die Überlegenheit beruht in seiner Dauerhaftigkeit und leichten Aufbewahrungbarkeit. Neuerdings hat J. M. Keynes noch einen weiteren Grund für seine Überlegenheit entdeckt: den Vorteil der Liquidität, den der Geldbesitzer genießt.

Alle Waren sind, von volkswirtschaftlich unbedeutenden Ausnahmen abgesehen, vergänglich, einem beständigen Schwund unterworfen; Rost, Moten, Verderbnis verzehren sie, sie kommen aus der Mode und verursachen Aufbewahrungs- und Durchhaltekosten aller Art. Sie müssen alle — die menschliche Arbeitskraft nicht ausgenommen — auf dem Markt angeboten werden, soll nicht ihr Besitzer Schaden erleiden. Alle Waren stehen mehr oder minder unter Angebotszwang. Das Geld dagegen, das in sogenannten normalen Zeiten allein die Nachfrage verkörpert, verursacht seinem Besitzer keine Durchhaltekosten, sondern bietet ihm noch den Vorteil der Liquidität.

Geld und Ware sind also nicht wie Karl Marx sagt, Äquivalente, d. h. etwas durchaus Gleichwertiges. Das herkömmliche Geld ist den Waren unbestreitbar überlegen, vor allem wegen seiner Dauerhaftigkeit. Wir nennen es daher Dauergeld.

Diese Überlegenheit bewirkt, daß das Dauergeld nie vorbehaltlos zur Verfügung gestellt wird. Dem Geldbesitzer muß, wenn er seine Vorliebe für Liquidität aufgeben soll, eine besondere Vergütung — der Zins — geboten werden. Ohne Zins kein Geld!

Der Geldzins ist primär, ist der „Urzins“, das Geld das „Urkapital“.

2. Der Geldzins überträgt sich auf die Sachgüter

Die zinserpresserische Fähigkeit des Dauergeldes hat eine verhängnisvolle Folge: Alle mit diesem Geld zu schaffenden Sachgüter (Kapitalien) müssen zumindest eine Verzinsung in der Höhe des Geldzinsfußes versprechen, widrigenfalls sie nicht geschaffen werden.

Der Geldzins überträgt sich somit auf alle Sachgüter und macht sie gleichfalls zinstragend. Da in der arbeitsteiligen Wirtschaft nicht das kleinste Unternehmen ohne Geld gegründet werden kann, muß der Unternehmer, um arbeiten und leben zu können, aus seinem Unternehmen zuerst die Verzinsung herausholen, bevor ihm sein Unternehmerlohn wird. Der Kaufmann, der Gewerbetreibende, ja sogar der Landwirt, fast alle Unternehmungen des Handels und Verkehrs, in Industrie und Handwerk, in Land- und Forstwirtschaft rechnen mit dem Zins, überall wird Zins bezahlt. Der Zins wird, wenn diese Unternehmungen mit Kredit arbeiten, an den Kreditgeber, den Geldverleiher abgeführt, für den er arbeitsloses Einkommen darstellt. Wenn hingegen Unternehmer ohne Leihgeld, nur mit eigenem Kapital arbeiten, fließt ihnen der Zins selbst zu; ihr Einkommen ist in diesem Falle eine Mischung von Arbeitseinkommen (Unternehmerlohn) und Zins. Jeder Unternehmer muß den Zins berücksichtigen, indem er seine Waren um den Zins verteuert.

Letzten Endes sind es immer die Werktätigen, die in verteuerten Waren den Zins bei Heller und Pfennig bezahlen müssen und denen auf diese Weise rund die Hälfte ihres Arbeitsertrages dauernd vorenthalten wird. So „bringen die Zinslasten das Volk um Hab und Gut“.

3. Das Dauergeld verursacht Wirtschaftskrisen und schafft das Proletariat

Solange ein genügend hoher Sachzins (Dividende) in Aussicht steht, wird investiert, werden Geldkapitalien in Sachkapital umgewandelt, Fabriken, Miethäuser, Kraftwerke gebaut, Maschinen und Verkehrsmittel angeschafft.

Die Vermehrung dieser Sachgüter hat eine bemerkenswerte Folge: ihr Wettbewerb senkt den Zins; Dividende und Mietzins schrumpfen.

Dies wäre ein an und für sich wünschenswerter Vorgang, denn im gleichen Maße, wie der Zins sinkt, erhöhen sich die Lohneinkommen (die **S a c h l ö h n e**); was der Kapitalist weniger erhält, bekommt der Werktätige mehr!

Aber hier, an dieser Stelle, wo fleißige Arbeit den Zins zu beeinträchtigen droht, wo die Axt der Arbeit an die Wurzel des Kapitalismus gelegt werden sollte, versagt sie plötzlich, wird gelähmt. Wieso das? Ganz einfach:

Das Dauergeld, das ja unter keinen Umständen zinslos zu haben ist, verweigert, gestützt auf seine Überlegenheit, bei ungenügendem Zins die Investierung, das heißt, die Umwandlung in Sachgüter; es zieht sich vom Anlagenmarkt zurück, s t r e i k t, verursacht Wirtschaftskrise! Es hindert die Werktätigen mit Gewalt daran, zu arbeiten, sperrt sie aus, macht sie arbeitslos. Ein allgemeiner Preisverfall setzt ein, treibt Unternehmer schuldlos in Bankrott und viele andere Werktätige zum Selbstmord.

Nicht immer tritt eine Wirtschaftskrise so entschieden ein. Die Investitionsunlust führt oft zur schleichenden Form der „chronischen Unterbeschäftigung“.

Ähnlich wie eine Senkung des Sachzinses wirkt auch eine durch Währungspuscherei verursachte ungenügende Versorgung der Wirtschaft mit Geld, die sinkende Preise auslöst: die Investitionen stocken. Hier liegt das Geheimnis, warum allgemeiner Preisabbau sofort zur Wirtschaftskrise führt.

So „hindert der Zins das Volk gewaltsam daran, sich Hab und Gut zu verschaffen“.

4. Das Dauergeld verhindert eine Festwährung

Das bereits geschilderte Schaukelspiel der Geldwertschwankungen ermöglicht es den Spekulanten unter den Kapitalisten, außer dem Zins noch ein zweites arbeitsloses Einkommen, die **K o n j u n k t u r - o d e r D i f f e r e n z g e w i n n e** zu erzielen (Börsenspiel usw.). Diese Kreise haben daher an der Aufrechterhaltung der herkömmlichen Währungsunsicherheit ein Interesse.

Für alle Werktätigen aber, ohne Unterschied ob Industrieller, Gewerbetreibender, Arbeiter oder Angestellter sowie für das Gedeihen der gesamten Wirtschaft ist ein geordnetes Geldwesen in Form einer **Festwährung (Indexwährung)** das erstrebenswerte Ziel, aus Gründen, die am Ende dieser Schrift ausführlicher dargelegt sind.

Wie könnte eine solche Festwährung erreicht werden? Die Antwort darauf gibt uns das Gesetz der bereinigten Mengenlehre (Quantitätstheorie) des Geldes, die folgendes besagt:

Die Kaufkraft des Geldes nimmt ab, das Geld entwertet sich, die Waren werden teurer, die Preise steigen (Inflation), wenn die umlaufende Geldmenge im Verhältnis zur Warenmenge vergrößert wird, und wenn das Geld schneller umläuft. Umgekehrt: Die Kaufkraft des Geldes nimmt zu, das Geld wird „besser“, die Waren werden billiger, die Preise fallen (Deflation), wenn die umlaufende Geldmenge im Verhältnis zur Warenmenge verkleinert wird, und wenn das Geld langsamer umläuft.

Kann man aber durch Vermehrung oder Verminderung der umlaufenden Geldmenge die Kaufkraft des Geldes senken oder heben, so muß es auch möglich sein, durch planmäßige Verwaltung des Geldes seine Kaufkraft zu festigen, den Durchschnitt der Warenpreise (den Index) auf gleicher Höhe zu halten (Indexwährung), — vorausgesetzt, daß die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes geregelt ist!

Gerade an dieser zuletzt erwähnten Voraussetzung hapert es aber beim Dauergeld. Nehmen wir an, das einzurichtende Staatliche Währungsamt, dem die Aufrechterhaltung der Indexwährung obliegt, stellt fest, daß der Index Neigung hat zu steigen. Es wird daher Geld aus dem Verkehr ziehen und umgekehrt, wenn der Index Neigung zeigt zu sinken, wird es zusätzlich Geld in den Verkehr geben. Diese Maßnahmen werden so lange wirksam sein, als das Lockmittel des Zinses hoch genug ist, um das Geld umlaufen zu lassen. Sinkt aber bei Vollbetrieb der Wirtschaft die Rentabilität, so wird das Geld immer zögernder investiert werden.

Die Geldbesitzer können dieses Geld, das ja keinen Zins mehr bringt, ohne Schaden aus dem Verkehr ziehen, aufhäufen, unregelmäßig auf den Markt werfen und dadurch die Festwährung stören, woran sie schon deshalb ein Interesse haben, weil sie der Konjunkturschwankungen zur Erlangung der Differenzgewinne bedürfen.

(Ein Beispiel bietet die siebenjährige amerikanische Wirtschaftsblüte von 1923 bis 1929, in der man die Währung am Großhandelsindex stabilisiert hatte mit dem Ergebnis eines Rekord-Zinstiefstandes, der zuletzt wilde Börsenspekulationen, einen allgemeinen Preisverfall und Wirtschaftskrise auslöste).

Der Ausweg

Da erhebt sich die Frage: Wie lassen sich die angeführten vier schädlichen Folgen des Dauergeldes verhüten?

Dadurch, daß man ihm seine Überlegenheit nimmt, daß man es auf die Rangstufe der vergänglichen Waren herabdrückt, daß man es zwingt, unter allen Umständen umzulaufen. Der Gedanke des Umlaufzwanges ist der „Königsgedanke“ Silvio Gesells!

Um das Wesen des Umlaufzwanges klarzumachen, diene ein Vergleich. Demselben Zweck wie das Geld, nämlich Verkehrsmittel zu sein, das die Waren vom Erzeugungsort zum Verbrauchsort bringt, dienen die Eisenbahnwagen. Wie das Geld, so müssen auch die Eisenbahnwagen immer rollen,

wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen. Um dies zu erreichen, hebt die Bahnverwaltung ein Wagenstandsgeld ein von dem, der einen Wagen länger als nötig stehen läßt. Da keiner das Standgeld zahlen will, ent- und belädt jeder so schnell wie möglich den Wagen, der die Ware gebracht hat oder fortbringen soll und gibt ihn dem Verkehr zurück. Genau dasselbe tut Silvio Gesell mit dem Gelde. Wer es festhält, bezahlt ein Stand- oder Ruhegeld. Da niemand diesen Verlust tragen will, rollt das Geld ununterbrochen wie die Eisenbahnwagen.

Die Technik des Umlaufzwanges der Geldzeichen

Für die praktische Durchführung des Umlaufzwanges gibt es eine Reihe brauchbarer Vorschläge.

Am bekanntesten dürfte der von Gesell stammende Vorschlag des „Klebgeldes“ sein: Jeder Geldschein verliert an dem festgesetzten Fälligkeitstag einen bestimmten Teil seines Nennwertes (im Jahresdurchschnitt 5,2 Prozent). Dieser Verlust muß auf Kosten des zufälligen Inhabers durch Aufkleben einer dafür vorgesehenen Gebührenmarke, die zugleich als Kleingeld in den Verkehr gebracht werden kann, ausgeglichen werden, so daß der Nennwert des Geldes der gleiche bleibt. Am Ende des Jahres wird das beklebte Geld gegen neues umgetauscht. Dieser Technik bediente sich der weltberühmt gewordene Notgeldversuch der Gemeinde Wörgl in Tirol.

Im Laufe der Jahre sind verschiedene andere Vorschläge bezüglich des Umlaufzwanges gemacht worden, die, wie es scheint, gegenüber dem „Klebgeld“ erhebliche Vorzüge besitzen. Es würde zu weit führen, hier auf sie einzugehen. Es sei auf die in Kürze erscheinende Schrift „Dynamische Doppelwährung oder Seriengeld?“ verwiesen.

Überwindung der Zinsknechtschaft

Ob nun diese oder jene technische Lösung gewählt wird, ist ohne Belang. Das Entscheidende ist vielmehr, daß ein Geld mit fester Kaufkraft geschaffen wird, dessen Zeichen unter Umlaufzwang stehen.

Die Wirkung dieses Geldes wird erstaunlich sein. Wer es in die Hand bekommt, sucht es bald entweder in Waren umzusetzen oder damit Schulden zu bezahlen, um den mit der Aufbewahrung verbundenen, wenn auch nur geringen Verlust, zu vermeiden. Wer nichts zu kaufen beabsichtigt oder zu bezahlen hat, übergibt das Geld langfristig einer Sparkasse oder Bank genau so wie heute als Spareinlage. Damit ist das Geld gegen jeden Verlust gesichert. Das Geldinstitut kennt aber seinerseits keine größere Sorge, als das Geld möglichst rasch als Leihgeld an die Wirtschaft weiterzugeben.

Es ist klar, daß von diesem Gelde niemand große Mengen ansammeln kann, daß sich dieses Geld vielmehr der Volkswirtschaft immer zur Verfügung stellen muß.

Unter der Wirkung dieses nicht mehr herrschenden, sondern dienenden Geldes im Vereine mit der Festwährung, muß der Zins von Stufe zu Stufe sinken, zum Schaden der bisherigen Nutznießer und Ausbeuter, die damit einen erheblichen Teil ihres arbeitslosen Einkommens verlieren, aber zum

Nutzen der arbeitenden Menschen aller Berufe, in deren Lohn der Zins übergeht.

Da das neue Geld ständig Nachfrage nach Waren halten muß, so steigt auch die Nachfrage nach Arbeitern; die lohndrückende Arbeitslosenarmee wird zur Auflösung gebracht. Die gesteigerten Löhne können erstmalig, seit eine Geldwirtschaft besteht, in wertbeständige Ersparnisse umgewandelt werden. Jetzt hat es einen Sinn zu sparen, jetzt kann auch jeder sparen, da sein Sachlohn steigt, jetzt kann der ehrliche Kaufmann wieder kalkulieren, können die Sparkassen auf Grund ihrer Mittel den Unternehmern die nötigen Kredite bewilligen, jetzt ist eine Wiederholung des ungeheuren Diebstahls, den die Regierungen durch die Entwertung der „mündelsicheren Gelder“ unter Mißbrauch der Notenpresse immer wieder begangen haben, für immer ausgeschlossen!

Auch Konjunkturgewinne gibt es nicht mehr. Die bisherigen Nutznießer des arbeitslosen Einkommens können ihre Vermögen wohl aufzehren; das bleibe ihnen unbenommen. Aber diese Vermögen hecken nicht mehr Zins und Zinseszins. Es tritt ein, was J. M. Keynes „den sanften Tod des Rentners“ nennt. Endlich ist die Wirtschaft vom Fluch des Zinses befreit, der „in einem Meer von Kapital ertrunken“ ist. Konnte Gesell dem von ihm erfundenen Gelde einen schöneren und passenderen Namen geben als „Freigeld“?

Der Bodenzins

Wir sahen unter der Wirkung des Freigeldes zwei Quellen des arbeitslosen Einkommens versiegen: den Zins und die Konjunkturgewinne. Noch bleibt die dritte und letzte Quelle übrig, der Bodenzins, die Grundrente. Denn auch den Bodenzins müssen die Werktätigen teils in den Preisen der Bodenerzeugnisse, teils in Form von Pacht oder erhöhten Mieten bezahlen.

Während der Kapitalzins nach unseren Vorschlägen beseitigt werden kann, indem unbekümmert um sinkende Rentabilität immer neue Sachgüter (Fabriken, Wohnhäuser usw.) hervorgebracht werden, liegen die Dinge beim Boden anders, da Boden sich nicht beliebig vermehren läßt. Daher läßt sich der Bodenzins nicht abschaffen. Andererseits vermag kein Mensch auf die Benützung des Bodens, der die Quelle aller Güter ist, zu verzichten, er braucht ihn unbedingt, so wie Licht und Luft. Es bleibt somit nichts anderes übrig, als den Bodenzins in den Besitz der Allgemeinheit überzuführen.

Hier eine Klarstellung: Bei der Überführung des Bodenzinses in den Besitz der Allgemeinheit kann es sich niemals um den b i s h e r e n t s t a n d e n e n Bodenzins handeln, der, in kapitalisierter Form, dem jeweiligen Grundstückswert entspricht und einen unantastbaren Vermögensteil des jeweiligen Grundeigentümers bildet. Es handelt sich vielmehr um den k ü n f t i g n e u e n t s t e h e n d e n Bodenzins, mit dessen Kommen allerdings mit Sicherheit zu rechnen ist. Nur dieser neue Zuwachs an Bodenzins ist der Allgemeinheit zu sichern. Dies kann auf zweierlei Weise geschehen:

Entweder durch eine Ablösung der derzeitigen Grundeigentümer zum vollen Wert (Rückkauf des Bodens durch den Staat). Die Bezahlung erfolgt durch Pari-Titel, das sind Schuldscheine, die stets nach dem jeweiligen Zinsfuß verzinst werden und die daher stets 100 notieren. Der ehemalige Grundeigentümer empfängt vom Staat den Geldzins, er kann nach Wunsch (Erbbesitzrecht, Vorbesitzrecht) den Boden gegen Zahlung des Bodenzinses an den Staat, weiterhin bewirtschaften, aus dem Bodeneigentümer wird ein Bodenbesitzer. Zunächst werden sich beide Zinsarten die Waage halten. Da aber der Geldzins bei Freiwirtschaft sinken wird, während die Grundrente gleichbleiben oder vielleicht sogar steigen wird, erzielt der Staat einen immer größer werdenden Überschuß, mit welchem er die Pari-Titel allmählich einlöst. Man hat berechnet, daß auf diese Weise in etwa 20 bis 30 Jahren der gesamte Boden in das Eigentum der Allgemeinheit übergeführt sein würde.

Die zweite Art einer Lösung der Bodenzinsfrage bildet die völlige, das heißt nicht überwälzbare Wegsteuerung des künftigen Bodenzinses. Diese Art der Reform beläßt das Privateigentum am Boden, hat aber zur Folge, daß die Bodenpreise nicht mehr weiter steigen können. Aus Raumgründen müssen wir hier auf das freiwirtschaftliche Schrifttum verweisen.

Beide Lösungen sind gleich gut brauchbar und lassen sich auch kombinieren. Beide lösen die Heimstätten- und Siedlungsfrage wie die Wohnungsfrage überhaupt!

Mutterlohn

Was tut der Staat (die Gemeinde) mit den alljährlich vereinnahmten ungeheuren Summen des Bodenzinses?

Der Bodenzins ist dort am höchsten, wo die Menschen am dichtesten wohnen. Wo es weniger Menschen gibt, ist der Bodenzins niedriger, und wo gar keine Menschen wohnen, gibt es auch keinen Bodenzins. Die Schöpfer des Bodenzinses sind also die Mütter. Ihnen soll der Bodenzins nach der Zahl ihrer unmündigen Kinder gegeben werden. Man hat berechnet, daß vor dem ersten Weltkrieg der gesamte deutsche Bodenzins jährlich sechs Milliarden Mark betrug, auf jedes der 20 Millionen deutscher Kinder entfielen somit 300 Mark (Kaufkraft 1913). Vergleichsweise betrug die Grundrente im Jahre 1931 in der Schweiz über 600 Millionen Franken, was für jedes der 1,2 Millionen Kinder einen Betrag von 500 Franken jährlich ausmacht. Diese Beträge sind mehr als ausreichend, um die Kindererziehung zu sichern und die Frau unabhängig zu machen. **Dies bedeutet nichts anderes als die wirtschaftliche Befreiung der Frau!**

Freigeld befreit vom Zins!

Festwährung sichert den Wohlstand!

Freiland löst die Frauenfrage!

Der Lohn erreicht die Höhe des Arbeitsertrages. Ein arbeitsloses Einkommen gibt es nicht mehr. Jeder Mensch ist ein Freier unter Freien, ein Gleichberechtigter unter Gleichberechtigten. Damit ist die uralte soziale Frage, soweit sie wirtschaftlicher Natur ist, endlich gelöst.

Freiland kann auf Schutzzoll verzichten, es wird den Weltfreihandel herbeiführen und damit die wirtschaftlichen Ursachen der Kriege hinwegräumen.

FREIWIRTSCHAFT sichert

**wirtschaftliches Gedeihen,
soziale Gerechtigkeit,
persönliche Freiheit, weil**

- a) die gesamte Volkswirtschaft in ein dauerndes Gleichgewicht zwischen Gesamtangebot und Gesamtnachfrage gebracht wird;
- b) allgemeine Wirtschaftskrisen mit ihren furchtbaren Begleiterscheinungen ein für allemal verhindert werden;
- c) die Unternehmer erstmalig bei dauerndem Vollbetrieb der Wirtschaft auf lange Sicht planen, kalkulieren und investieren können;
- d) der Handel vereinfacht und verbilligt wird, die hohen Handelskosten daher bedeutend gesenkt werden;
- e) die völkerverhetzenden Schutzzölle abgeschafft werden und dem Weltfreihandel der Weg geebnet wird;
- f) alle Zahlungsverträge sinngemäß erfüllt werden können;
- g) ein Zustand der Stabilität und Sicherheit hervorgerufen wird, der eine dauernde Vollbeschäftigung der Wirtschaft ermöglicht, was allmählich zu einer Senkung des Zinses und einer Erhöhung der Arbeitslöhne führt;
- h) das Sparen für weite Kreise erst möglich wird und einen Sinn erhält, da die Sparguthaben vor Entwertung geschützt sind;
- i) jede Lohnerhöhung auch wirklich eine Erhöhung des Sachlohnes, d. h. der Warenmenge, die man dafür zu kaufen bekommt, darstellt;
- j) neben dem letzten „Rentner“ auch der letzte Proletarier begraben wird.
Darum: Arbeiter, Bauern, Handwerker, Gewerbetreibende, Industrielle,
Freiberufler,

Schaffende aller Berufe vereinigt Euch!

Über die Freiwirtschaftliche Bewegung Österreichs unterrichten:

Freie Tat

Unabhängige Wochenschrift für
persönliche Freiheit und soziale
Gerechtigkeit.

Dornbirn, Schulgasse 6.

Der Ausweg

Kampfblatt für persönliche Freiheit
und soziale Gerechtigkeit (erscheint
wöchentlich).

Linz, Schmidtorstraße 2, I. Stock.

Wer unsere Blätter noch nicht kennt, fordere noch heute kostenloses Probeabonnement (4 Wochen umsonst) vom Verlag an.

OTTO VALENTIN

**DIE LÖSUNG DER
SOZIALEN FRAGE**

oder:

Überwindung des Totalitarismus

Copyright 1952: Hugo Mayer Verlag Dornbirn

Copyright der überarbeiteten Ausgabe 2007: **HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI**

ISBN 978-3-00-023448-4

Lebenslauf von Otto Valentin (1898 – 1969)

Motto: Der Mensch als geistiges Wesen ist von Anbeginn bis zuletzt ein Werdender.

Das Universum, als Organ des Menschen, besitzt ein Bewusstsein:

Der Mensch selbst ist das Bewusstsein,

das Selbst-Bewusstsein des Universums.

Der Mensch trägt höchste Verantwortung

und er steht jeden Augenblick direkt

und unmittelbar vor dem Höchsten.

Otto wird am 10. Januar 1898 in Wien als Sohn des Beamten im ehemaligen k.k. Handelsministerium Felix Valentin als ältestes von drei Kindern geboren. Bereits 1902 verstirbt sein Vater im Alter von 34 Jahren an Lungentuberkulose. Otto ist erst vier Jahre alt, seine Schwester Emma drei und sein Bruder Robert ein Jahr alt.

Die junge Mutter Anna Valentin, geb. Pfeiffer, muss nun allein für ihre drei Kinder sorgen. Sie stammt aus Wien und hat Verwandte im Egerland. Sie zieht vorerst zu einer befreundeten Bauernfamilie ins Burgenland, um den Unterhalt für die Familie zu bestreiten, bald jedoch übersiedelt die junge Witwe zu Verwandten ins Egerland im damaligen Kronland Böhmen und eröffnet eine kleine Weißnäherei. Otto besucht dort die Volks- und Bürgerschule und tritt 1912 in seinem 14. Lebensjahr die kaufmännische Lehre bei der AG für Korksteinfabrikation, Niederlassung Aussig, an. Was die Praxis nicht bietet, erwirbt er sich durch Selbststudium.

Als seine Vorgesetzten zum Militär eingezogen werden, führt Otto ab 1915 als damals 17jähriger diese Niederlassung drei Jahre lang selbständig weiter. Es folgt 1918 die Anstellung als Einkäufer und Buchhalter beim Elektrizitätswerk und Straßenbahn-Unternehmen der Stadt Aussig. 1921 übernimmt Otto bei der neu gegründeten Maschinenfabrik Gebrüder Brode in Aussig die Stellung als Bilanzbuchhalter und Leiter des kaufmännischen Büros. Nach der Auflösung der Maschinenfabrik 1928 tritt er seine vierte Stellung bei der hauptsächlich für den Export produzierenden AG für Glasindustrie, vorm. Friedrich Siemens, in Neusattl bei Karlsbad als Steuer- und Devisenfachmann, Revisor und Leiter des Rechnungswesens an.

Otto Valentin und sein Freundeskreis, den er um sich versammelt, treffen auf Gedanken von Silvio Gesell, Pierre Joseph Proudhon, später auch Adolf Portmann und anderen Denkern, die zunehmend zu einer lebhaften und gründlichen Auseinandersetzung insbesondere mit den bestehenden wirtschaftspolitischen Problemen dieser Zeit führen. Zu seinen vielen Freunden zählt neben anderen auch der Schweizer Lebensreformer und Mitbegründer des WIR Wirtschaftsringes (inzwischen „WIR-Bank“), Prof. Dr. h.c. Werner Zimmermann, aus Ringgenberg bei Bern, der ihn wiederholt besucht.

Am 10. Januar 1931, seinem 33. Geburtstag, heiratet er Anna Nagl. Aus dieser glücklichen und harmonischen Ehe gehen vier Kinder hervor.

Otto Valentin veröffentlicht viele wirtschaftswissenschaftliche Beiträge für diverse Zeitschriften, und er hält Vorträge zu den zahlreichen Problemen der Wirtschaftspolitik. Nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges übernimmt er 1940 die Position als Revisor und Organisator

sowie Leiter Statistik bei den Sudetenländischen Treibstoffwerken AG in Oberleutensdorf bei Brüx, einem Hydrierwerk. Nach Kriegsende behält er noch einige Monate diese Stellung und repatriert im August 1946 nach Österreich.

Er bewohnt im 22. Bezirk von Wien ein Haus mit großem Garten und ist mit seiner Frau landwirtschaftlich tätig, vor allem jedoch schreibt er als Autor Beiträge für viele Zeitschriften, darunter „Die Presse“. Er hat Verbindung zu vielen Freunden wie Dr. Eduard Ziesel, Wien, Hein Beba, Konstanz, Prof. Wilhelm Orthner, Herbert K.R. Müller, Otto Lautenbach, Bürgermeister Prof. Dr. Paul Diehl, München, Prof. Dr. Ernst Winkler, Friedrich Salzmann, NR Werner Schmid, Zürich und vielen anderen. Und er arbeitet an seinem Werk „Überwindung des Totalitarismus“.

Nachdem das Manuskript beendet ist, übersiedelt er 1951 nach Hard, Vorarlberg, dem schon seit seinen Jugendjahren erträumten Wohnsitz am Bodensee und tritt bei der dortigen chemischen Fabrik Dr. G. Eberle die Stellung als Bilanzbuchhalter an. Im Jahr 1952 erscheint sein Buch im Verlag Hugo Mayer in Dornbirn, Vorarlberg.

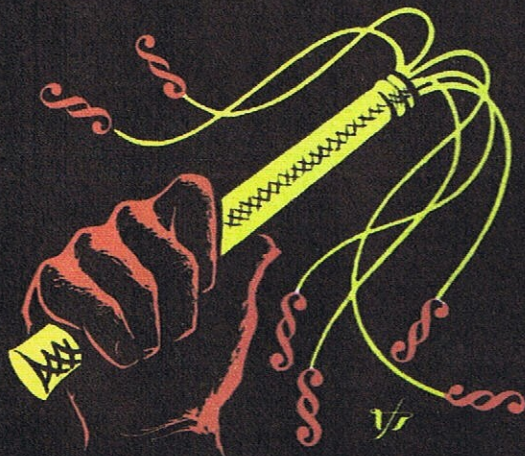
Otto Valentin war dem „Seminar für freiheitliche Ordnung des Staates, der Wirtschaft und der Kultur“ eng verbunden und ein ganz besonderes Ereignis für ihn war, dass 1961 die Sommertagung dieses Seminars mit herausragenden Vortragenden aus Österreich, Deutschland und der Schweiz (Alt-NR Werner Schmid) an seinem Wohnort in Hard stattfand.

Doch schon 1958, drei Jahre zuvor, im Alter von 60 Jahren, zeichnete sich bei Otto Valentin eine schwere Parkinsonsche Erkrankung ab, an der er zunehmend, von seiner Frau aufopfernd gepflegt, bis zu seinem Tod am 5. August 1969 litt.

*Gerhard Valentin
Hard Vorarlberg, Österreich,
Oktober 2007*

OTTO VALENTIN

Überwindung des Totalitarismus



HUGO MAYER VERLAG DORNBIRN

OTTO VALENTIN